

Einleitung

Übersicht und Zusammenfassung

Politisches Handeln entsteht nicht voraussetzungslos, es ist notwendigerweise geprägt von Vorerfahrungen und Motiven. Es bezieht sich auch in Zeiten der Globalisierung auf das alltägliche Leben von Menschen in einem umrissenen Gebiet (Territorium). Man muss mit auf unterschiedlichste Weise geprägten Bürgerinnen und Bürgern zusammenleben und für das Alltagsleben gemeinsam Perspektiven entwickeln. Wie fördert die für demokratisches Denken und Handeln unverzichtbare Anerkennung der Anderen? Wie fördert man die in den Krisen der Zeit dringliche Einleitung einer sozial-ökologischen Transformation mit unumkehrbaren Schritten auf Pfaden in Richtung auf einen Umbau der Gesellschaft und des Alltagslebens? Welche Rolle kann dabei das »Lockfeuer« Lebensqualität spielen? Ist Resilienz ein wichtiges (Zwischen-)Ziel? Die »Rettung der Welt« oder die Begrenzung der Erderwärmung sind große Ziele, aber sie müssen auch mit kleinen Schritten angegangen werden.

Unser Nachbar berichtet: Früher musste er bei der Fahrt nach Südtirol bei jedem Tankhalt die toten Insekten an der Frontscheibe seines Autos beseitigen. Heute ist das überflüssig. Noch viel mehr hat sich geändert. Wetter-Extremereignisse häufen sich auf der ganzen Welt. Wassermangel in Südafrika, Sandstürme im Sudan, der Meeresspiegel steigt auch in Miami. Das sind Stichworte, die Krisen signalisieren. (Glühende Landschaften 2019) Die Niederländer, deren Land ohnehin schon teilweise unter dem Meeresspiegel liegt, suchen ihre Ausweichquartiere in den Mittelgebirgen im Westen Deutschlands, deutsche Staatsbürger wandern nach Skandinavien aus – die Beispiele ließen sich erweitern. Die Verantwortlichen der Supermarktkette Aldi Süd nehmen die Corona-Krise im Frühling 2021 zum Anlass, Überlegungen für Vorkehrungen zu anderen Krisen-Engpässen zu treffen, Kriege eingeschlossen. Sie machen damit indirekt darauf aufmerksam, dass Atomkraftwerks-Havarien oder Kriege zunächst ähnliche Einschränkungen wie Corona bedeuten würden.

Wenn über die drohenden Krisen oder über das undisziplinierte Verhalten der Menschen geklagt wird, gehe ich den Gesprächspartnern gern auf die Nerven mit der Frage: Und was machen wir da?

Hier habe ich auch keine Antworten auf diese Frage, aber ich sammle Überlegungen zu dem, was alles zu bedenken ist. Und für mich ergeben sich dabei auch Handlungsimpulse, die sich nicht einfach beziehen auf die üblichen Ermahnungen »Wir müssen«.

Menschen suchen nach Lebensqualität und möchten in einer friedlichen und überlebensfähigen Welt leben. Vor und unabhängig von aller Tiefgründigkeit von Philosophie und Religiosität soll auch mit der »Philosophie des Alltags« das Leben als sinnvoll empfunden werden können. Es gab und gibt für viele auch Ziele wie irdisches oder himmlisches Seelenheil. Immer kann auch die Orientierung auf extrinsische Ziele wie die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, die Mitwirkung an der Stärkung dieser Gemeinschaft (Patriotismus, Nationalismus) oder der Dienst an einer »großen Sache« wie »Revolution«, »Fortschritt« oder Erkenntniserweiterung sinnstiftend sein. Das Selbstwertgefühl kann durch solche Zielsetzungen gesteigert werden, und der Lebensqualität werden so neue Facetten hinzugefügt. All das sind »postmaterielle« Ziele oder »kulturelle Ziele«, bezogen auf Werte und Sinndeutungen. Aber diese »höheren Ziele« sind für die meisten Menschen uninteressant, solange nicht die Hauptziele erfüllt sind.

Die Vorstellungen von einem guten und gelingenden Leben werden ausgebildet in der Praxis des alltäglichen Lebens. Sie sind geprägt von Erfahrungen und Traditionen, in denen die Menschen aufgewachsen sind. Sie sind abhängig von der Sozialisationsgeschichte und den in ihrer Lebenswelt gängigen Vorstellungen, materielle Standards eingeschlossen. Aber dennoch kann man nicht von einem »Milieudeterminismus« sprechen, denn immer sorgen die unterschiedlichsten Einflüsse für Abweichungen und Wahlmöglichkeiten (»Kontingenz«). Vernunftgeleitete Analysen und Rationalität sind längst nicht immer entscheidend, sie sind nur Faktoren unter anderen. Werte und Emotionen, bezogen auf Liebe oder Anerkennung durch die Mitmenschen, und Wünsche für die Zukunft sind die wichtigeren Faktoren. Die aber entstehen nicht abstrakt, sondern im konkreten Lebenswelt-Umfeld: Dort sucht man nach subjektiver Zufriedenheit, Sicherheit, Akzeptanz und Zuwendung. Die kulturellen, im Zusammenleben mit anderen entwickelten Prägungen der Wünsche und Ziele sind als »subjektive Faktoren« entscheidend für das Verhalten.

Mit ihren kulturellen Prägungen beeinflussen die Menschen die Politik. Darum geht es in diesem Buch.

In einem *ersten* Kapitel soll geklärt werden, dass mit Kultur in diesen Zusammenhängen nicht nur Künste und die Institutionen zu ihrer Pflege gemeint sind. Bei den Berührungsfleichen von Kultur und Politik kann man sich auf die in der Ethnologie oder Kulturanthropologie entwickelten und in der UNESCO verwendeten Definitionen beziehen, muss dabei jedoch auch die Dynamik kultureller Prozesse beachten. Mit diesem Verständnis von Kultur wird deutlich, wie tief in der Struktur des Wünschens und Begehrens verankerte Motive und Standards des »guten und richtigen Lebens« politische Entscheidungen beeinflussen.

Dass spezifische kulturelle Prägungen in den »Wenden« nach 1989 manche politischen Prozesse beeinflusst haben, ist Anlass genug, sich in einem *zweiten* Kapitel an Beispielen aus Osteuropa, Süditalien, der Schweiz und aus Lateinamerika damit zu beschäftigen. Nicht ökonomische, demographische, geographische, klimatische oder sonstige Faktoren sind allein entscheidend, sondern immer auch die Motive der Handelnden, damit kulturelle Faktoren: Was den Menschen wichtig und wertvoll ist, geht in die Politik ein. Für interkulturelles Management und Auswärtige Kulturpolitik sind das Selbstverständlichkeiten.

In einem *dritten* Kapitel geht um die Frage, wie die Entstehung kultureller Prägungen mit der Lebenswelt zusammenhängt. Dass Menschen ihre Erfahrungen mit dem Leben in einem Territorium mit spezifischen natürlichen Eigenschaften verarbeiten, ist ein Faktor, aber sie werden immer auch von Geschichte und Tradition beeinflusst. Erbgut und Genetik spielen nur eine sehr geringe Rolle. Die Menschen sind für ihr Überleben angewiesen auf Kleinverbände (z. B. Familien) und Großverbände (Stämme, Gemeinden, Staaten). Sie brauchen zur Existenzsicherung Ressourcen und ein mit anderen dauerhaft geteiltes Territorium. Das muss erworben, gestaltet und gesichert werden. Die Nutzer tragen dafür Verantwortung, und die entsprechenden Regeln sind nicht überall die gleichen. Sie entstehen im informellen und im organisierten Handeln, und sie sind charakteristisch für die jeweilige Gemeinschaft und in einem Territorium verankert.

Im *vierten* Kapitel steht der Entscheidungsträger »Volk« im Zentrum. Wegen der Gleichheit der Menschen sind im Prinzip alle verantwortlich in die Willensbildung einbezogen, aber sie haben je nach Geschlecht, Alter,

Herkunft und Besitz unterschiedliche Interessen. Urbane Milieus und solche der »Provinz«, »Gebildete« und Menschen mit ganz anderen Sozialisationserlebnissen sind grundlegend verschieden, aber jede erwachsene Person ist mit gleichen Rechten für das Leben im Territorium mitverantwortlich, und alle müssen trotz der Unterschiede miteinander auskommen. Sehr allmählich und höchst unzureichend hat das Gleichheitsprinzip Eingang in den Alltag gefunden. Aber für die Legitimierung der Demokratie ist es unverzichtbar.

In einem *fünften* Kapitel geht es um die Region, den ländlichen Raum und die Beziehungen zwischen Region und Metropole. In ihm werden Themen behandelt, die insbesondere auch für die demokratische Politik wichtig sind. Erinnert wird an Feldforschungen im »Ländlichen Raum« als Hilfsmittel gegen vorschnelle Urteile, wie sie gern von »urbanen Kosmopoliten« geäußert werden. Regional-Entwicklung, Förderungspolitik und Planung müssen als Schwerpunkte viel mehr als bisher die Perspektiven und die »Wohlfahrtsleistungen« des ländlichen Raumes für Klima, Grundwasser, Vielfalt, Bodengesundheit und Erholung berücksichtigen.

Im *sechsten* Kapitel wird überlegt, wie es trotz aller Enttäuschungen und Zweifel bezüglich der »Reife« und Kompetenz der Wahlbürger möglich ist, eine demokratiefreundliche Perspektive zu entwickeln. Wie können in einer Gesellschaft, in der alle prinzipiell die gleichen Rechte haben, die Menschen davon überzeugt werden, dass Demokratie die einzig angemessene politische Form ist? Wie können kompetente Bürgerinnen und Bürger sich entwickeln, und wie können sie befähigt werden, zukunftsgerechte demokratische Entscheidungen zu treffen? Man kann den demokratischen und sozialen Rechtsstaat als Genossenschaft gleichberechtigter Mitglieder verstehen. Die öffentlich zu garantierende kulturelle Infrastruktur muss dazu beitragen, Bürgerinnen und Bürger ohne paternalistische Bevormundung und edukative Vorgaben in die Lage zu versetzen, kompetent und souverän ihre eigenen Interessen zu vertreten. Alle sind alle direkt und indirekt mitverantwortlich. Die Kluft zwischen »Wutbürger« und »Wahlbürger« kann so in der Theorie überbrückt werden. In Staaten mit hohen Einwohnerzahlen, in denen der direkte Bezug zu den materiellen Folgen der Entscheidungen fehlt, muss es eine Chance geben, die kulturellen Prägungen dafür in verbindlicher Bildung und im außerschulischen kulturellen Leben entstehen zu lassen. Beide gehören daher zur Pflicht- und Grundausstattung des demokratischen und sozia-

len Rechtsstaates. Wenn sie diese Aufgaben wahrnehmen, haben auch Formen direkter Demokratie eine Chance, bezogen auf eingrenzbare konkrete Entscheidungen. Dann muss aber der Einfluss von Marketing und Werbung für partikulare privatwirtschaftliche Interessen zurückgedrängt werden. Erst so können die Handelnden frei und souverän entscheiden.

In einem *siebten* Kapitel geht es darum, dass unterschiedliche Interessen und rivalisierende kulturelle Prägungen einen Staat oder eine Gesellschaft zu zerreißen drohen. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich, divergierende Interessen, Vorurteile und aufgeladene ideologische Unterschiede oder Gegensätze zwischen »Identitäten« können dazu führen. Konkret sind es derzeit insbesondere neovölkische Theorien, fremdenfeindliche Haltungen und Verschwörungstheorien, mit denen Konflikte in die Gesellschaft hineingetragen werden. Die Demokratie wird wieder zum Obrigkeitsstaat, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich nicht mit ihren Kompetenzen und Interessen so einbringen, wie es in der Verfassung vorgesehen ist. Wie kann man verhindern, dass in der Gesellschaft immer mehr Brüche auftreten und die verschiedenen Milieus nicht mehr miteinander kommunizieren können? Wie kann man blickdichte Parallelwelten aufbrechen? Kann vielleicht ethnologische Feldforschung, etwa in neovölkischen Milieus, dazu beitragen? Können Gespräche dabei helfen, in blickdichte Parallelwelten und Echokammern von Verschwörungstheorien einzudringen? Aber nachgedacht werden muss auch darüber, wie das Rechts- und Gewaltmonopol des Staates durchgesetzt werden kann gegen ideologische, religiöse, ökonomische oder kriminelle Parallelwelten, die sich nicht nur verabschieden vom Gemeinwesen, sondern auch ausscheren aus dem Rechtsverband. Warum ist das Gewaltmonopol des Staates wichtig?

Im *achten* und letzten Kapitel wird gefragt nach kulturellen Prägungen, mit denen sich Zukunft gestalten lässt. Können sie unumkehrbare Veränderungen in Richtung auf einen sozialökologischen Umbau des Alltagslebens und der Gesellschaft fördern? Wie wirkt sich der wachsende Druck der globalen Reichtumsunterschiede und der Verführungen der Wachstumsgesellschaft aus? Kann Lebensqualität als »Lockfeuer« dazu anreizen, Pfade der Nachhaltigkeit einzuschlagen? Kann man an eine »Progressive Entstaatlichung« mit der Verbindung von selbstverwalteten Gemeinnutzen und deren staatlicher Sicherung denken? Wenn Klimawandel und die ökologische Krise begleitet sind von irreversiblen Veränderungen und Bevölkerungsverstär-

bungen, sind dann nicht auch Resilienzstrategien angebracht? Wie kann man dabei vermeiden, dass vor allem die Armen die Lasten tragen müssen? Bei all dem sollen die aufklärerischen Projekte »Emanzipation« und »Freiheit« gerettet werden und weder der sozialen Kontrolle einer Ökomoral zum Opfer fallen noch ausgehebelt werden durch konsumprägendes Marketing oder digitale Algorithmen als unkontrollierbare Steuerungsinstanzen. Es deutet sich an, dass Zukunft ein unabschließbares kulturelles und politisches Projekt ist, in dem es kein Ziel, wohl aber trotz zahlloser Konflikte auch über sich selbst hinaustreibende Reformen geben wird.

Es bleibt nicht aus, dass in dem Buch einige Provokationen enthalten sind: Zum Beispiel halte ich nichts davon, einen irgendwie zielgerichteten oder sinnvollen Verlauf der Geschichte zu unterstellen – weder das Versprechen eines ständigen Fortschritts noch sonstige Heilserwartungen sind für mich überzeugend. Lebensqualität und Sicherung der Zukunft sind zentrale Ziele. Ich möchte auch nicht utopischen Heilsversprechungen nachjagen und von einer gewaltfreien Zukunft träumen. Deshalb plädiere ich zum Beispiel dafür, die Polizei nicht als Prügelknaben zu behandeln, sondern realistisch als – freilich vielfach reformbedürftigen – Bestandteil der Infrastruktur des demokratischen Staates zu betrachten. Die Sicherheit des Alltagslebens und der öffentlichen Ordnung ist abhängig vom Gewaltmonopol des Staates. Jene, die nicht bereit sind, alle angebotenen legalen Möglichkeiten des demokratischen Staates zur Gestaltung von Lösungen für divergierende Interessen auszuschöpfen und stattdessen Gewalt für die Durchsetzung ihrer Ziele einzusetzen, müssen mit dem Gewaltmonopol des Staates rechnen.

Wenn in Polizei und Bundeswehr rechtsradikale, demokratiefeindliche Zellen entdeckt werden, dann ist das höchst alarmierend. Aus Ordnungskräften und Militärgruppen können, weil sie über Waffen verfügen, Putschversuche hervorgehen. Das muss sehr konsequent beobachtet werden, und entsprechende Gruppierungen müssen radikal entfernt werden. Wenn solche Zellen gar in der Bundestagspolizei bestehen, ist das noch schlimmer. Das Parlament ist das zentrale Organ der Demokratie. Beschwörend die Hand zu heben angesichts solcher Gefahren reicht nicht, solche Bedrohungen müssen konsequent beseitigt werden.

Die Bundeswehr muss beobachtet und grundlegend reformiert werden, aber für Katastrophen-Einsätze im Inneren hat sie sich als nützlich erwiesen. Die Bundeswehr steht wie die Armee in vielen Staaten bei unbewältig-

ten Notlagen wie der Corona-Krise auf Anfrage gegen Aufwandsentschädigung auch im Inneren zur Verfügung. Es gab früher auch Zeiten, in denen die Handlungsfähigkeit des demokratischen Staates gegen demokratiefeindliche Bestrebungen und Bedrohungen aus dem Inneren geschützt werden musste.

Für viele demokratische Linke ist es auch längst kein Sakrileg mehr, für eine Stärkung der EU (trotz ihrer Reformbedürftigkeit) einzutreten. Gefordert werden globale Gerechtigkeit, die Beachtung von Sozial- oder Menschenrechts-Standards auf internationaler Ebene, die Verwirklichung von weltweiten Umweltvereinbarungen, die Unverletzlichkeit von Grenzen und die Sicherung von Vereinbarungen bei Gewaltkonflikten, das Verbot der Zerrüttung von lokalen Märkten durch Handelsverträge (wie es in den immer noch geltenden KSZE/OSZE-Verträgen von 1973 enthalten ist), die Einhaltung von Artenschutz-Vereinbarungen und weitere Festlegungen auf globaler Ebene. Auch auf Staaten wie Russland kann dabei nicht verzichtet werden, und wer mit Staaten wie Ungarn, Brasilien oder Saudi-Arabien aus nachvollziehbaren Gründen vertragliche Beziehungen unterhält, wird sich auch vor Russland nicht zu fürchten brauchen.

Irgendwann muss man dann auch darüber nachdenken, wie man das alles realisieren kann, und man wird alle möglichen Formen der gewaltlosen Beeinflussung globaler Prozesse erkunden und auszuschöpfen versuchen. Konfliktmoderation statt einseitiger Parteinahme ist wichtig, auch wenn Israel einbezogen ist. Dessen zukünftige Existenz wird durch Frieden gesichert, nicht durch Beistand, und das gilt auch für die Ukraine. Und statt mehr Rüstung zu produzieren, ist es wichtig, mehr Kapazitäten für gewaltarme Konfliktlösungen zu erarbeiten. Prinzipien sind etwas anderes als »rote Linien«. Je weniger man sich durch »rote Linien« fesselt, desto mehr kann man Prinzipien interpretieren. Wurden »rote Linien« in der Vergangenheit und im Alltag nicht immer wieder von den verschiedensten Seiten überschritten, ohne dass dabei Prinzipien verloren gingen? Das gehört zur Welt wie zur Lebensgeschichte.

Aber sofern die gesetzten eigenen Standards eingehalten werden, dürfen UN-Blauhelmeinsätze der Bundeswehr auch kein Tabu sein, wenn man international Verantwortung wahrnehmen will. Im Inneren gilt es ebenfalls, ungewohnte neue Wege zu gehen. Die kosmopolitischen, urbanen, ökosozialen, linksliberalen Milieus sind dazu aufgefordert, ihre Vorurteile der

Provinz und ihren Bewohnern gegenüber zu überwinden und sich ernsthaft mit dem Leben dort zu beschäftigen. Ihre Bewohner sind gleichberechtigte Bürger und Wähler. Auch in der »nicht-educativen Alltagskommunikation«, unbeeinflusst von politischen oder kulturmissionarischen Absichten, wie sie beim Einkaufen, am Stammtisch, in der Freiwilligen Feuerwehr oder in den Karnevals- und Fußballvereinen stattfindet, wird über Politik entschieden. Politische Zukunft und die Zukunft der Demokratie sind Themen auch in der »Provinz«, nicht nur in den Großstädten. Das hat vor vielen Jahren Pier Paolo Pasolini in den »Freibeuterschriften« gezeigt. Heute ist die Region nicht nur wegen der Wähler, sondern auch wegen der Resilienz in Krisenzeiten wichtig geworden.